

HORST NIESYTO

Keine Bildung ohne Medien! – Kritische Medienbildung jenseits funktionalisierender Vereinnahmung

Obgleich in den letzten Jahren Aktivitäten im Bereich Medienbildung auf unterschiedlichen Ebenen zunahmen, klafft nach wie vor eine Lücke zwischen den Aufgaben einer breitenwirksamen Medienbildung und deren Umsetzung. Der folgende Beitrag skizziert zunächst Fortschritte, die in den letzten Jahren in der bildungspolitischen Verankerung von Medienbildung erreicht wurden. Der zweite Teil thematisiert Wi(e)derstände, die nach wie vor einer umfassenden und breitenwirksamen Verankerung von Medienbildung entgegenstehen. Der Beitrag schließt mit einem Plädoyer für eine kritische Medienbildung jenseits funktionalisierender Vereinnahmung.

1. „Keine Bildung ohne Medien!“ – Was wurde bislang erreicht?

Die Herausgeberin und der Herausgeber dieses Bandes assoziieren mit der Wortkreation „Wi(e)derstände“ unterschiedliche Bedeutungen: Mit Widerstand meine ich zunächst die Haltung, sich mit einer gegebenen Situation, die man für veränderungswürdig hält, nicht abzufinden. Hierzu gehört es, die Situation zu analysieren, sich der eigenen Anliegen und Ziele zu vergewissern und Strategien und Schritte zu überlegen, wie diese Anliegen und Ziele durchgesetzt werden können.

Im Jahr 2008 entstand die Idee zu einem *Medienpädagogischen Manifest*. Das Manifest ging von der Einschätzung aus, dass der tiefgreifende mediale Wandel, insbesondere durch digitale Medien und Internet, alle gesellschaftlichen Bereiche umfasst:

„Das Handeln und Denken der Menschen in der heutigen Gesellschaft wird schon von Geburt an bis ins höchste Alter durch Medienerfahrungen geprägt. Medienbildung wird zu einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung, weil sie Voraussetzung für Persönlichkeitsbildung, für gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe und für die Ausbildungs- und Erwerbsfähigkeit ist“ (Initiative Keine Bildung ohne Medien 2009, S. 5).

Das Manifest forderte breitenwirksame Anstrengungen und erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen, um die Medienpädagogik von einer Phase der Modellprojekte und einzelner Aktionen auf lokaler und regionaler Ebene zu einer Phase *nachhaltiger, struktureller* Veränderungen weiter zu entwickeln. Zu den Erstunterzeichnern gehörten zentrale Organisationen und Einrichtungen der Medienpädagogik in Deutschland. Etwa 1.300 Personen und Einrichtungen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen unterstützten 2009 mit ihrer Unterschrift das *Medienpädagogische Manifest*.

Aufgrund der positiven Resonanz gründeten die Initiatoren des Manifests die Initiative „*Keine Bildung ohne Medien!*“ (KBoM). Die Initiative veranstaltete 2011 in Berlin einen bundesweiten medienpädagogischen Kongress, der die Anliegen des Manifests konkretisierte. An dem Kongress nahmen über 400 Fachleute teil. Es war die bislang größte medienpädagogische Veranstaltung in Deutschland. Die Ergebnisse wurden im Netz und in einer Broschüre dokumentiert und im bildungspolitischen Raum breit publiziert (vgl. Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ 2011a; 2011b).

Seit Veröffentlichung des *Medienpädagogischen Manifests* gab es im bildungspolitischen Bereich einzelne Fortschritte. Im Hinblick auf die Lehrerbildung und die schulische Medienbildung verabschiedete zum Beispiel das Kultusministerium Baden-Württemberg 2011 neue Prüfungsordnungen zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Darin sind medienpädagogische Fragestellungen als verbindlicher Bestandteil der mündlichen Abschlussprüfungen in allen Fächern vorgesehen. Die Niedersächsische Staatskanzlei formulierte 2012 in einem Strategiepapier „Medienkompetenz in Niedersachsen – Meilensteine zum Ziel“:

„Ziel ist ein Gesamtkonzept ‚Phasenübergreifende Medienbildung‘, in dem für die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften Mindeststandards einer medienpädagogischen Grundbildung für die 1. und 2. Phase der Lehrerausbildung und die Lehrerfortbildung festgelegt sind“ (Niedersächsische Staatskanzlei 2012, S. 26).

In nahezu allen Bundesländern gibt es inzwischen Anstrengungen in unterschiedlicher Breite und Intensität, um Medienbildung besser in der schulischen Bildung zu etablieren.

Die *Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft* des Deutschen Bundestages, Projektgruppe „Bildung und Forschung“, hielt 2012 in ihrem Schlussbericht zur schulischen Medienbildung unter anderem fest:

„Für die schulische Medienbildung sind bundesweit einheitlich Mindeststandards zur Medienkompetenz in den verschiedenen Altersstufen zu entwickeln. Zur Überprüfung und Qualitätssicherung dieser Standards sind Instrumente und Maßnahmen in Kooperation mit Schulforschung und medienpädagogischer Forschung auszuarbeiten. Jede Schule sollte ein fächer- und jahrgangsübergreifendes Medienbildungskonzept als Teil des Schulprogramms entwickeln und umsetzen. Das bedeutet die Verankerung von Medienbildung in den Prüfungen und Lehrplänen für alle Fächer. Gerade im Kontext der digitalen Medien müssen notwendige Aktualisierungen hier zeitnah erfolgen“ (Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft 2012, S. 6).

Im März 2012 verabschiedete die Kultusministerkonferenz (KMK) einen Beschluss zu „Medienbildung in der Schule“. Bezüglich der Lehrerbildung wurde festgehalten:

„In diesem Sinne ist Medienbildung sowohl in den Bildungswissenschaften als auch in der fachbezogenen Lehrerausbildung der ersten und zweiten Phase in den Prüfungsordnungen ausreichend und verbindlich zu verankern. Diese grundlegende Ausbildung für Lehrkräfte muss fortgeführt und ergänzt werden durch entsprechende bedarfsgerechte Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote, in denen Medienkompetenz und medienpädagogische Kompetenzen für bestimmte Anwendungssituationen und Aufgabenstellungen im Zusammenhang von Schule und Unterricht vermittelt und erworben werden können“ (KMK 2012, S. 7).

Neben den genannten Dokumenten gab es weitere bildungspolitisch relevante Stellungnahmen und Analysen zum Thema Medien- und Lehrerbildung. Zu nennen sind unter anderem das Positionspapier der Länderkonferenz Medienbildung (2008), die Überblicksstudie von Rudolf KAMMERL und Sandra OSTERMANN (2010), der Expertenbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Kompetenzen in einer digital geprägten Kultur“ (BMBF 2010), der Medienkompetenzbericht der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) im Auftrag des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ 2013), die Expertenstudie „Medienbildung entlang der Bildungskette“ (Deutsche Telekom Stiftung 2014). Hinzu kommen diverse Fachtagungen, die das Thema Medienbildung bildungspoli-

tisch aufgegriffen, so zum Beispiel die *Bildungsmediale* 2013¹ oder die 6. *Collaboratory*-Initiative „Lernen in der digitalen Gesellschaft“².

Ein wichtiges Anliegen des *Medienpädagogischen Manifests* und der Initiative KBoM ist es, auf bestehende soziale Unterschiede im Medienumgang hinzuweisen und gezielte Fördermaßnahmen in bildungsbenachteiligten Sozialmilieus zu entwickeln. So belegte beispielsweise die ICILS-Studie, dass etwa 30 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Deutschland (untersucht wurden Achtklässler) nur über „rudimentäre Fertigkeiten bzw. basale Wissensbestände im kompetenten Umgang mit neuen Technologien und digitalen Informationen“ verfügen (Bos/Eickelmann/Gerick 2014, S. 16). In diesem Zusammenhang erneuerte die Initiative KBoM auch die Forderung nach einer Grundbildung Medien für *alle* Kinder und Jugendlichen. Voraussetzung dafür ist vor allem eine *medienpädagogische Grundbildung* für alle pädagogischen Fachkräfte. Zu diesem Zweck regte die Initiative die Einberufung einer Bund-Länder-Initiative an. Inhaltliche Konzepte für eine medienpädagogische Grundbildung wurden an einigen Hochschulen entwickelt, in Fachkreisen diskutiert und inzwischen teilweise³ umgesetzt (vgl. Imort/Niesyto 2014; Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ 2014).

In den vergangenen Jahren gelang es ansatzweise, im bildungspolitischen Bereich für *strukturelle* Verbesserungen zu sensibilisieren: für eine breitenwirksame medienpädagogische Aus-, Fort- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte, für zeitgemäße mediale Infrastrukturen und Unterstützungssysteme, für die verbindliche curriculare Verankerung von Medienbildung in den Bildungsplänen der Länder. Um diesen Anliegen noch mehr Gehör zu verschaffen, wurden Kooperationen zwischen Einrichtungen und Organisationen ausgebaut. Zu nennen sind unter anderem Aktivitäten wie die *Bildungsmediale*⁴, die Zusammenarbeit mit der Veranstaltungsreihe *fraMediale*⁵, die Erweiterung des Lenkungskreises der Initiative KBoM⁶ und der verstärkte Austausch

¹ Vgl. www.keine-bildung-ohne-medien.de/pages/bildungsmediale-2013/, aufgerufen am 30. Juli 2016.

² Vgl. http://dl.collaboratory.de/reports/Ini7_Lernen.pdf, aufgerufen am 30. Juli 2016.

³ So gibt es beispielsweise an der PH Ludwigsburg seit 2014 ein Profilstudium „Grundbildung Medien“ in Kooperation von Medienpädagogik/Erziehungswissenschaft und 15 Fächern. Für alle Pädagogik-Studierenden in Ludwigsburg (Lehramt und außerschulische Studiengänge) ist eine Einführungsveranstaltung zur Medienpädagogik seit mehreren Jahren verbindlich (vgl. <https://www.ph-ludwigsburg.de/648.html>, aufgerufen am 30. Juli 2016).

⁴ Vgl. <http://www.keine-bildung-ohne-medien.de/pages/bildungsmediale-2013/>, aufgerufen am 30. Juli 2016.

⁵ Vgl. <http://framediale.de/archiv/framediale-2015>, aufgerufen am 30. Juli 2016.

⁶ Vgl. <http://www.keine-bildung-ohne-medien.de/pages/ansprechpartner/>, aufgerufen am 30. Juli 2016.

zwischen informatischer Bildung⁷ und Medienbildung (vgl. u. a. Dagstuhl-Erklärung 2016).

Trotz dieser positiven Entwicklung wurden in den vergangenen Jahren aber auch Gegenkräfte und Hemmnisse deutlich. Diese liegen vor allem in der mangelnden Bereitschaft der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, Deklarationen *umzusetzen* und hierfür ausreichende finanzielle Mittel für Personal und Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Es mangelt nicht an Einladungen zu Tagungen, Podiumsdiskussionen und „Runden Tischen“. Die Kritik ist, dass Anregungen und Ergebnisse aus solchen Veranstaltungen nur rudimentär in der Bildungspolitik *umgesetzt* werden. Deshalb sind viele engagierte Fachkräfte enttäuscht und misstrauen zunehmend Partizipations-Inszenierungen. Hinzu kommt, dass relevante Teile der Politik in den letzten Jahren mit Medienkompetenz und Medienbildung vor allem ein „Fitmachen für die Internetwirtschaft“ verbinden. Diese funktionale Vereinnahmung widerspricht jedoch grundlegenden Anliegen und Aufgaben der Medienbildung.

Weitere Hemmnisse und Gegenkräfte sind zu nennen, zum Beispiel:

- mediendistanzierte Haltungen bei einem Teil der Pädagoginnen und Pädagogen sowie pädagogischen Fachkulturen (die im Übrigen durch medientechnologische Allmachtsphantasien befeuert werden und den Ruf nach „medienfreien Räumen“ für Kinder und Jugendliche verstärken); Sven KOMMER und Ralf BIERMANN (2012) analysieren mediale Habitusformen; neuere Studien konnten diese Befunde relativieren, aber nicht durchgängig entkräften (vgl. Moser 2014, Folie 23 ff.);
- die einseitige Betonung der Medienintegration in die Fächer, was in der schulischen Bildung dazu führt, dass domänenspezifische Aufgaben der Medienbildung unterschätzt werden und diverse Fächer über mediendidaktische Bezüge kaum hinauskommen (vgl. Niesyto 2015, S. 3 f.);
- die Fortführung des so genannten Kooperationsverbots („Bildung ist Ländersache“), was dazu führt, dass insbesondere im Bereich von Mindeststandards (Medienkompetenz) und medialen Infrastrukturen ein unkoordiniertes Nebeneinander von Konzepten und Unterstützungsstrukturen existiert, welches Ressourcen nicht sinnvoll bündelt und vernetzt.

⁷ Vgl. <http://www.keine-bildung-ohne-medien.de/bildung-in-der-digitalen-vernetzten-welt/>, aufgerufen am 30. Juli 2016.

Das folgende Kapitel geht auf die fehlende Umsetzung von bildungspolitischen Deklarationen, funktionale Vereinnahmungsversuche von Medienbildung und hemmende Faktoren für eine breitenwirksame Grundbildung Medien für alle pädagogischen Fachkräfte ein.

2. Welche hemmenden Faktoren und Gegenkräfte gibt es?

2.1 Fehlende Umsetzung von Deklarationen

Obgleich mit der KMK-Erklärung zu Medienbildung in der Schule (2012) und den Empfehlungen der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft (2012) parteiübergreifend durchaus wichtige Aussagen zur besseren Verankerung von Medienbildung festgehalten wurden, fehlte in den Folgejahren ein Gesamtkonzept zur systematischen Umsetzung entlang konkreter Meilensteine (in Bund und Ländern). Weder gibt es bis dato seitens der KMK eine Evaluation zur Umsetzung des KMK-Beschlusses von 2012, noch zeichnen sich in den Bundesländern einschneidende Maßnahmen zur Verbesserung der Situation ab.

Beispiel Baden-Württemberg⁸: Das Staatsministerium griff zwar Teile eines Vorschlags zur Durchführung von „Runden Tischen Medienbildung“⁹ auf und lud verschiedene Akteurinnen und Akteure ein, um Vorschläge zur besseren Verankerung von Medienbildung zu artikulieren. Ergebnisse dieser Aktion wurden auf der Webseite der Initiative *Kindermedienland*¹⁰ dokumentiert. Eine „strategische Arbeitsgruppe“, die das Staatsministerium einsetzte, brauchte sehr lange, um einen Entwurf für ein „Strategiepapier Medienbildung“ vorzulegen. Der Entwurf enthielt eine Reihe allgemeiner Aussagen und Absichtserklärungen. Insbesondere bei den Handlungsempfehlungen zu den nächsten Meilensteinen mangelte es an der Benennung konkreter Maßnahmen, deren Umsetzung überprüfbar wäre. Auch war nicht zu erkennen, wie welche Maßnahmen in den entsprechenden Ministerien etatisiert werden. Der Entwurf war kein Dokument des Aufbruchs, sondern eher ein Dokument, welches vorhandene Strukturen fortschreibt. An einem Fachgespräch, zu welchem das

⁸ Der Beitrag argumentiert vor allem mit Beispielen aus Baden-Württemberg, weil der Verfasser hier im Kontext von Beratungs- und Beiratstätigkeiten einen näheren Einblick hat.

⁹ Vgl. http://www.keine-bildung-ohne-medien.de/wp-content/uploads/2009/12/Vorschlag-f%C3%BCr-einen-Runden-Tisch-Medienbildung_Mai-2012.pdf, aufgerufen am 30. Juli 2016.

¹⁰ Vgl. <https://www.kindermedienland-bw.de/de/startseite/das-kindermedienland/medienbildung-in-baden-wuerttemberg/strategieprozess/>, aufgerufen am 30. Juli 2016.

Staatsministerium abschließend einlud, nahmen deutlich weniger Kolleginnen und Kollegen teil als zuvor bei den „Runden Tischen“. Im Fachgespräch wurden zu verschiedenen Handlungsfeldern – von der frühkindlichen Bildung über die Schule, die Jugendarbeit bis hin zu Familienbildung und Bibliothekswesen – erneut mehrere konkrete Vorschläge für Handlungsempfehlungen unterbreitet.¹¹

Die Mühe war jedoch vergebens: Im Dezember 2015 verabschiedete das Kabinett der grün-roten Landesregierung den Entwurf für ein Strategiepapier nur mit geringfügigen Veränderungen. Im Kabinettsbeschluss wird zwar viel von Medienbildung geredet, aber in der *Umsetzung* fehlen weitgehend konkrete, überprüfbare *Maßnahmen*, die eine neue Qualität der Medienbildung in der Breite der schulischen und außerschulischen Medienbildung zur Folge hätten.¹² Zentrale Vorschläge aus dem Expertinnen- und Expertenkreis blieben unberücksichtigt. Ein Grund für die unzureichende Umsetzung ist die mangelnde interministerielle Kooperation im Bereich Medienbildung – das Strategiepapier unterbreitet zur Verbesserung dieser Situation keine konkreten Vorschläge. Notwendig wären vor allem klare Vorgaben seitens der Landesregierung, die dauerhafte Etablierung von Medienbildung in allen relevanten Ministerien (Kultus-, Sozial- und Wissenschaftsministerium) und ein Gesamtkonzept mit überprüfbaren Meilensteinen, welches kontinuierlich fortgeschrieben wird.

Das skizzierte Beispiel aus Baden-Württemberg steht nicht alleine. Dabei gehört Baden-Württemberg noch zu den Bundesländern, die in den vergangenen 20 Jahren im Rahmen verschiedener Einzelprojekte und Förderungen medienpädagogische Arbeit unterstützt und in Teilbereichen ausgebaut haben. Von einem überzeugenden strategischen Gesamtkonzept, welches den Herausforderungen der Zeit wirklich gerecht und systematisch umgesetzt wird, kann aber nicht die Rede sein.

¹¹ So gab es zum Beispiel für den Bereich der frühkindlichen Bildung und der Grundschule im Ausbildungsbereich den Vorschlag, gezielt Juniorprofessuren für „Medienbildung in der Kindheit“ an Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen im Rahmen eines landesweiten Förderprogramms auf den Weg zu bringen.

¹² Zum Stellenwert von Medienbildung in der aktuellen Bildungsplanreform 2016 in Baden-Württemberg vgl. verschiedene Beiträge in der Ausgabe 18 der Online-Zeitschrift *Ludwigsburger Beiträge zur Medienpädagogik*, online abrufbar unter https://www.ph-ludwigsburg.de/fileadmin/subsites/1b-mpxx-t-01/user_files/Online-Magazin/Ausgabe18/Inhalt18.pdf, aufgerufen am 30. Juli 2016.

2.2 Funktionale Vereinnahmung: Medienbildung = Fitmachen für Digitalisierung und „Industrie 4.0“?

Den im ersten Kapitel genannten Stellungnahmen liegt nahezu durchgängig ein *umfassendes* Verständnis von Medienbildung zugrunde. So betonte der Expertenbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF 2010, S. 7) die Notwendigkeit von Medienbildung für die Persönlichkeitsentwicklung, für die gesellschaftliche Teilhabe und für die Entwicklung von Ausbildungs- und Erwerbsfähigkeit. Auch der Expertinnen- und Expertenstudie „Medienbildung entlang der Bildungskette“ (Deutsche Telekom Stiftung 2014) liegt ein umfassendes Verständnis von Medienbildung zugrunde. Die Studie betont die Entwicklung und den schrittweisen Aufbau von Medienkompetenz aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen, akzentuiert die bildungsbiografische Perspektive (mit Blick auf Übergänge im Bildungssystem) und plädiert für die Verzahnung von Bildungspartnern und für übergreifende Konzepte medienpädagogischer Professionalisierung.

Entgegen diesem Verständnis von Medienbildung zeichnet sich in den letzten Jahren eine *Bedeutungsverschiebung* ab, die Medienbildung immer stärker auf Lernen *mit* Medien, informatische Aspekte und Jugendschutz reduziert. Die Gefahr dieser Reduktion und Vereinnahmung von Medienbildung zeichnete sich bereits im Berliner Koalitionsvertrag (2014) von CDU/CSU und SPD ab, der bezüglich der Förderung von Medienkompetenz zunächst auf eine Reihe von Einzelmaßnahmen setzte, insbesondere im Bereich IT-Infrastruktur und Informatik.¹³ Inzwischen wird diese Strategie einer „Digitalpolitik“ immer deutlicher. So ist der Webseite der Bundesregierung zu entnehmen, dass es im Bildungsbereich vor allem um das „Digitale Lernen“ geht, um „Menschen noch besser auf die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt und der Wissensgesellschaft vorbereiten und ihre Medienkompetenz stärken“¹⁴ zu können. Im Zentrum stehen die Arbeitswelt, das Fitmachen für die Anforderungen von „Industrie 4.0“ und der Erwerb von Medienkompetenzen, die auf die Anwendung digitaler Technologien abzielen. Ziel ist es, hierüber „neue Nutzungsmöglichkeiten, Geschäftsmodelle und Verbreitungswege“ zu erschließen (vgl. Fußnote 14). Eine kritische Auseinandersetzung mit diesen neuen Möglichkeiten, Geschäftsmodellen und Verbreitungswegen ist nicht vorgese-

¹³ Vgl. die Stellungnahme von KBoM und GMK zum Berliner Koalitionsvertrag von 2014, http://www.keine-bildung-ohne-medien.de/wpcontent/uploads/2014/02/Medienbildung_Koalitionsvertrag.pdf, aufgerufen am 30. Juli 2016.

¹⁴ https://www.digitale-agenda.de/Webs/DA/DE/Handlungsfelder/5_BildungForschung/5-3_Bildungsoffensive/bildungsoffensive_node.html, aufgerufen am 30. Juli 2016.

hen. Auch im Bereich „Kultur und Medien“ geht es in erster Linie um die „Digitalisierung von Kulturgut“¹⁵ – auch hier fehlen elementare Dimensionen der kulturellen Bildung mit Medien, der Auseinandersetzung mit ästhetischen, sozialen und ethischen Fragen, der Förderung einer handlungsorientierten Medienbildung, der Relevanz einer fundierten und differenzierten Medien- und Kulturkritik und der damit verbundenen Förderung von Aktivitäten im Bildungs- und Forschungsbereich.

Ein parlamentarischer Bezugspunkt der „Digitalpolitik“ der Bundesregierung im Bildungsbereich ist der Bundestagsbeschluss vom 02. Juli 2015: „Durch Stärkung der Digitalen Bildung Medienkompetenz fördern und digitale Spaltung überwinden“¹⁶. Der Antrag wurde von den Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD vorgelegt und mehrheitlich verabschiedet (mit Gegenstimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE). Das Papier enthält unter anderem Vorschläge zur Förderung der technischen Infrastruktur digitaler Bildung und freier Lehr- und Lernmaterialien (Open Educational Resources), zu einem Länderstaatsvertrag und zur verbindlichen Verankerung von fachspezifischen Curricula zur Medienbildung in der Ausbildung pädagogischer Fachkräfte.

Damit greift der Antrag zwar einzelne Punkte auf, die die Initiative KBoM seit mehreren Jahren fordert. Allerdings fehlen im Antrag nahezu durchgehend konkrete Aussagen, wie diese Vorschläge umzusetzen und zu finanzieren sind. So enthielt der Bundeshaushalt 2015 lediglich einen Posten von zwei Millionen Euro, um seitens des Bundes die genannten Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren. Dies ist völlig unzureichend. Beim anvisierten Länderstaatsvertrag bleiben viele Fragen bezüglich der Umsetzung offen – Stichwort: bestehendes „Kooperationsverbot“. Auch eine Fokussierung auf Informatikunterricht ab der Grundschule erscheint nicht zielführend – hier fällt der Antrag hinter ein in der Fachdiskussion erreichtes, umfassendes Verständnis von Medienbildung zurück, wie es unter anderem in dem BMBF-Expertenbericht „Kompetenzen in einer digital geprägten Kultur“ (BMBF 2010) zum Ausdruck kommt. Unverständlich ist auch, weshalb der parlamentarische Antrag viele wichtige, gemeinsame Empfehlungen der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages (2012) nicht aufgriff.

¹⁵ Vgl. https://www.digitale-agenda.de/Webs/DA/DE/Handlungsfelder/5_BildungForschung/5-6_KulturMedien/kultur-medien_node.html, aufgerufen am 30. Juli 2016.

¹⁶ Vgl. <http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP18/660/66045.html>, aufgerufen am 30. Juli 2016.

Nicht nur auf Bundesebene haben wir aktuell die Situation, dass die „Digitalpolitik“ von einem Primat der Technologie und der Wirtschaft geprägt ist. Wir haben es mit einem brisanten Spannungsfeld zu tun: Einerseits bringen die Digitalisierungsprozesse Fragen der Förderung von Medienkompetenz verstärkt auf die bildungspolitische Agenda, andererseits besteht bei politischen Gremien aktuell die Gefahr, die Förderung von Medienkompetenz und Medienbildung funktional zu verengen und Medienbildung auf Lernen mit Medien, informatische Aspekte und Jugendschutz zu reduzieren. Dimensionen der Persönlichkeitsbildung mit Medien, der politisch-kulturellen Medienbildung und einer pädagogischen Medienkritik drohen ins Abseits zu geraten.

Diese Gefahr wird auch in dem Entwurf der Kultusministerkonferenz zur Fortschreibung der KMK-Erklärung von 2012 sichtbar. Der Entwurf „Bildung in der digitalen Welt“ vom April 2016 (KMK 2016) konnte von Fachverbänden kommentiert werden. Seitens der Medienpädagogik wurde es zwar begrüßt, dass die KMK die Orte für Medienbildung nun über Schule hinausdenkt und verbindlichere Maßnahmen als in der KMK-Erklärung von 2012 vorgesehen sind. Allerdings weisen die Stellungnahmen der GMK (2016) und der Initiative KBoM (Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ 2016) zu Recht auf erhebliche Schwächen und Probleme im Entwurf hin. Kernpunkte der Kritik sind unter anderem die Reduktion des Medienbegriffs auf „Digitalisierung“, die Reduktion des Bildungsverständnisses auf „Lernen“, die Unterschätzung domänenspezifischer, fächerübergreifender Grundlagen von Medienbildung, ein fehlender Kompetenzrahmen für Bildungspläne der Länder und für eine Grundbildung Medien für alle pädagogischen Fachkräfte. Die Stellungnahme der GMK resümierte:

„Erst wenn die Digitalisierung in den Kontext ihrer medialen Erscheinungsformen und ihrer sozialen bzw. gesellschaftlichen Bedingungen sowie in den Zusammenhang einer übergreifenden Bildungsdiskussion gestellt wird, erschließen sich u. E. ihre Potenziale und Risiken für Bildung, Partizipation und Demokratie“ (GMK 2016, S. 12).

Es ist kein Zufall, dass der Entwurf der KMK bezüglich des Medien- und Bildungsverständnisses und der Aufgaben von Medienbildung hinter die KMK-Erklärung von 2012 zurückfällt. Offensichtlich geht es maßgeblichen politischen Kräften in Deutschland vor allem um die funktionale Ausrichtung des Bildungs- und Wissenschaftsbereichs auf die Anforderungen einer Arbeitswelt und Wirtschaftsweise, die im Wesentlichen durch kapitalistische Strukturprinzipien gekennzeichnet ist und die hierfür digitale Technologien gezielt nutzt, um die Kapitalakkumulation zu sichern und die Ökonomisierung der Gesell-

schaft weiter voranzutreiben (vgl. Niesyto 2016, S. 10). Kritisch zu bewerten sind in diesem Zusammenhang technologiegetriebene Zukunftsmodelle vom gesellschaftlichen Zusammenleben, die die Vielschichtigkeit des Menschseins letztlich der Präzision algorithmischer Berechnungen und Eindeutigkeiten unterordnen. Es geht um grundlegende Kriterien und Werte, um Bilder vom Menschen und der Gesellschaft und die Frage, ob weiterhin eine Pluralität von Konzepten und gesellschaftlichen Entwicklungspfaden existiert oder ob Verengungen auf bestimmte Leitbilder forciert werden – Stichworte: Ökonomisierung, Kommerzialisierung, Konsumorientierung. Es ist eine elementare Bildungsaufgabe, solche Leitbilder kritisch zu hinterfragen, demokratische Grundrechte zu verteidigen und verstärkt Schlüsselfragen einer demokratischen Entwicklung der Gesellschaft in allen Bereichen (auch der Wirtschaft!) zu thematisieren.

Gleichzeitig ist festzuhalten, dass digitale Technologien für aufklärerische, demokratische und partizipative Zwecke genutzt werden können. Wir haben es mit einer *paradoxen Situation* zu tun: Einerseits beweist der Kapitalismus seine Selbsterneuerungskraft aktuell dadurch, dass er die systematische Verwertung digitaler Daten ins Zentrum seiner Kapitalakkumulationen rückt – und es offensichtlich dabei schafft, entsprechende Daten-Enteignungsprozesse großen Teilen der Bevölkerung als unproblematische Begleiterscheinung und sogar als persönlichen Vorteil zu verkaufen. Andererseits verbinden sich mit der aktiven Nutzung digitaler Technologien Hoffnungen wie sharing economy, Dezentralisierung, Kooperation, offene Zugänge statt Eigentumsprinzip, Demokratisierung der Fabrikation, Stärkung sozial-ökologischer Wirtschaftsformen und weitere (vgl. u. a. Habermann 2015). Diese Paradoxien werden in den Subjekten ausgetragen und sind von ihnen zu bewältigen. Sie zu benennen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, ist auch eine gesellschaftliche Aufgabe – für Bildung, Wissenschaft und andere Bereiche. Hierfür bedarf es struktureller Rahmenbedingungen, die derzeit nicht genügend vorhanden sind.

2.3 Medienpädagogische Grundbildung – hemmende Faktoren und anstehende Aufgaben

Neben der fehlenden Umsetzung von Deklarationen und funktionalen Vereinbarungsversuchen (vgl. die vorigen Kapitel) gibt es verschiedene Problemfelder und hemmende Faktoren, die einer breitenwirksamen Verankerung von Medienbildung entgegenstehen. Im Folgenden werden einzelne Faktoren akzentuiert, ohne an dieser Stelle auf die Vielschichtigkeit der Faktoren und ihrer Verknüpfung näher eingehen zu können.

Gerade durch medientechnologische Allmachtsphantasien, die kritische Fragen nach der Sinnhaftigkeit bestimmter technologischer Anwendungen übergehen und als rückständig denunzieren, werden bewahrpädagogische Grundhaltungen bei nicht wenigen Eltern, Erzieherinnen und Erziehern sowie Pädagoginnen und Pädagogen befeuert. Diese bewahrpädagogischen Grundhaltungen favorisieren zum Beispiel medienfreie Räume für Kinder, betonen Face-to-face-Begegnungen und halten an der strikten Trennung von unmittelbaren und medienvermittelten Erfahrungen fest. Da hilft es nicht, allein auf das Faktum von „Medienkindheit“ und „Digitalisierung“ hinzuweisen – dieser Hinweis beantwortet noch nicht Fragen, wie Medienerziehung, Medienbildung und eine differenzierte Medienkritik unter den Bedingungen einer mediatisierten und einer digitalisierten Welt entwickelt werden kann.

Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist eine *medienpädagogische Grundbildung* für alle pädagogischen Fachkräfte. Eine solche Grundbildung würde beispielsweise im Hinblick auf die Lehrerbildung intendieren, dass künftige Lehrkräfte in allen Fächern über ein medienpädagogisches Orientierungs- und Grundlagenwissen verfügen. Dies ist für eine fächerintegrative Verankerung medienbezogener Themen und Kompetenzen eine entscheidende Voraussetzung. Eine Grundbildung von pädagogischen Fachkräften im Rahmen einer Hochschulausbildung stellt *wissenschaftliche* Grundlagen ins Zentrum. Der Praxisbezug zu verschiedenen Handlungsfeldern ist wichtig, um beispielsweise pädagogische Alltagssituationen und Lernsettings kennenzulernen. Eine wissenschaftlich fundierte Grundbildung Medien darf sich allerdings nicht darauf beschränken, Konzepte und Methoden anwendungsbezogen zu vermitteln, sondern hat die Aufgabe, bei Studierenden medienpädagogisches Orientierungswissen und reflexive Bildungs- und Lernprozesse in Bezug auf Medien in vielschichtiger Weise zu befördern (vgl. Niesyto/Imort 2014, S. 25 f.).

Inzwischen liegen erste Konzepte und Überlegungen für eine medienpädagogische Grundbildung vor (vgl. u. a. die Beiträge im Band von Imort/Niesyto

und Initiative KBoM 2014). In der Fachcommunity steht derzeit eine Verständigung über ein *Rahmenkonzept* für eine Grundbildung Medien an, insbesondere für künftige professionsbezogene Stellungnahmen – Stichworte: Kerncurriculum Erziehungswissenschaft; Qualitätsstandards für die Akkreditierung von Studiengängen. Ein hemmender Faktor für die Erarbeitung eines solchen Rahmenkonzepts ist der Hinweis auf die zunehmende Heterogenität von Studiengängen und medienpädagogischen Ansätzen. Die Herausforderung ist es, im Spannungsfeld zwischen konzeptioneller und studiengangsbezogener Heterogenität einerseits und der Notwendigkeit der Konturierung medienpädagogischer Kernbereiche andererseits einen für die Fachcommunity gangbaren Weg zu finden.

Bezüglich der Kooperation zwischen Bildungswissenschaften – insbesondere der Erziehungswissenschaft – und den einzelnen Fachwissenschaften beziehungsweise -didaktiken, die für eine erfolgreiche Etablierung einer Grundbildung Medien sehr wichtig ist, zeigen Kooperationserfahrungen aus den letzten Jahren, dass es bei den Fächern zunächst um *fachspezifische* Zugänge zu Fragen von Medien und Medienbildung geht, die aus der Perspektive der jeweiligen Fächer und ihrer Themen wichtig sind. Gleichzeitig besteht die Aufgabe, *domänenspezifische* Aufgaben der Medienbildung zu benennen – als gemeinsame, fächerübergreifende Anliegen. Diese sind im Diskurs zu entwickeln, basierend auf dem Austausch von Konzepten und der Reflexion der Angebote. Gleichzeitig ist auch eine bessere Abstimmung mit der zweiten Ausbildungsphase nötig, um Überlegungen zu einer *phasenübergreifenden* Medienbildung zu entwickeln und sinnvolle Vernetzungen zu fördern – auch im Hinblick auf die Kooperation mit außerschulischen Bildungspartnern. Zudem sollte eine Grundbildung Medien in der Fortbildung eine größere Rolle spielen, um der großen Dynamik medienbezogener gesellschaftlicher Bildungsprozesse angemessen Rechnung tragen zu können. Damit sind eine Reihe von Herausforderungen und Aufgaben formuliert, die an den meisten Hochschulstandorten – so der Eindruck aus zahlreichen Gesprächen – erst ansatzweise angepackt wurden.

Bezogen auf die Gesamtsituation an Hochschulen fehlt nach wie vor eine bundesweite Studie, die den Ist-Zustand der Verankerung von Inhaltsbereichen der Medienbildung in pädagogischen Studiengängen und die Situation der medienbezogenen Kompetenzförderung unter Studierenden erhebt und hieraus konkrete Bedarfe ableitet. Inzwischen gibt es Studien an einzelnen Hochschulstandorten (vgl. u. a. Mau 2016), die jedoch eine Gesamtstudie nicht ersetzen können.

3. Für die Stärkung einer kritischen Medienbildung

Die Janusköpfigkeit digitaler Technologien spiegelt sich in Paradoxien des Umgangs mit ihnen. Dies ist ein wichtiger Ansatzpunkt für Medienbildung: Orientierungs- und Bewältigungsprozesse zu begleiten, Ambivalenzen und Paradoxien im Umgang mit digitalen Medien zu thematisieren und gemeinsam nach Möglichkeiten und Wegen für einen selbstbestimmten und souveränen Umgang mit digitalen Medien zu suchen. Wir brauchen eine Medienpädagogik, die technologisch-informatische, ökonomische, kulturelle und soziale, ethische und ästhetische Fragen thematisiert, die das Medienhandeln der Menschen in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Medienentwicklungen erforscht und analysiert und die Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Bildungskontexten Handlungsräume mit Medien jenseits kommerziell-kapitalistischer Vereinnahmungen eröffnet (vgl. Witzel 2012, S. 89 f.). Dies schließt auch eine verstärkte Kooperation mit anderen Bildungsbereichen ein, wie zum Beispiel der informatischen Bildung¹⁷, der ökonomischen Bildung (vgl. Hofhues/Schiefner-Rohs 2012) oder der Verbraucherbildung¹⁸. Vor allem bedarf es erheblich größerer Anstrengungen, um pädagogische Fachkräfte in allen pädagogischen Handlungsfeldern für eine medienpädagogische Arbeit angemessen zu qualifizieren (Stichwort: medienpädagogische Grundbildung; vgl. Imort/Niesyto 2014; Initiative KBoM 2014).

Ein Denken, das vom Primat wirtschaftlicher Interessen und stetiger ökonomischer Wachstumsszenarien ausgeht und hierunter das so genannte „Human-kapital“ zu- und unterordnet, konfligiert grundsätzlich mit einem Verständnis von Bildung und Medienbildung, welches die Menschen mit ihren unterschiedlichen Lebensbedürfnissen in den Mittelpunkt stellt (vgl. Niesyto 2011, S. 4). Medienpädagogik kommt nicht umhin, sich in der Klärung und (Weiter-)Entwicklung ihrer Aufgabenstellungen mit diesen Fragen zu befassen und sich im Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen zu verorten. Dies bedeutet auch, Medienbildung wieder verstärkt als *politisch-kulturelle Medien-*

¹⁷ Vgl. in diesem Zusammenhang auch das Themenheft Nr. 25 der Online-Zeitschrift *MedienPädagogik* zum Thema „Medienbildung und informatische Bildung – quo vadis?“ (<http://www.medienpaed.com/de/Themenhefte/#25>; im Erscheinen) sowie die *Dagstuhl-Erklärung* (2016) zur Bildung in der digitalen vernetzten Welt (<https://www.gi.de/aktuelles/meldungen/detailansicht/article/dagstuhl-erklaerung-bildung-in-der-digitalen-vernetzten-welt.html>, aufgerufen am 30. Juli 2016).

¹⁸ Vgl. hierzu die interdisziplinäre Tagung des JFF München über „Medien, Konsum, Kultur“ (2015), auf der der aktuelle Stand der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu den Zusammenhängen zwischen Medienhandeln und Konsumhandeln diskutiert und Vorschläge für die medienpädagogische Praxis entwickelt wurden (Kurzbericht: <http://www.jff.de/jff/themen/news/artikel/art/15-abstracts-der-hauptvortraege-online-kalenderdatei-eintragung-in-fibs/>, aufgerufen am 30. Juli 2016).

bildung zu begreifen. Thomas KRÜGER, Präsident der *Bundeszentrale für politische Bildung*, äußerte sich hierzu deutlich:

„Die Herausforderung wäre, der Frage nachzugehen, ob die Medienpädagogik nochmal als eine ‚kritische Gesellschaftsanalyse‘, wie es Baacke gefordert hatte, zu konstituieren sei, ohne damit die vergangenen drei bis vier Jahrzehnte theoretischer Diskussion zu negieren, sondern produktiv in eine Neubestimmung zu integrieren“ (Krüger 2014).

In einer historischen Epoche, in welcher Mediatisierung und Digitalisierung nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche nachhaltig verändern, wird Medienbildung zu einer Kernaufgabe von Bildung. In einer Situation, in der global agierende Medienkonzerne, Wirtschaftsunternehmen und andere Einrichtungen und Organisationen immer extensiver persönliche Daten ausspähen und für ihre jeweiligen Zwecke verwenden, ist es wichtig, an dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung festzuhalten.¹⁹ Es ist wichtig, angesichts einer allumfassenden Quantifizierung und Vermessung von Leben und Gesellschaft Fragen nach Sinn und Bedeutung jenseits dieser quantifizierenden Prozessstrukturen zu stellen. Hierfür sollte eine kritisch-reflexive und politisch-kulturelle Medienbildung Gelegenheiten eröffnen und Kinder, Jugendliche und Erwachsene darin unterstützen, digitale Medien selbstbestimmt und kompetent zu nutzen.

¹⁹ Vgl. in diesem Kontext auch Das Digital Manifest bzw. den Beitrag „Digitale Demokratie statt Datendiktatur“ (www.spektrum.de/news/wie-algorithmen-und-big-data-unsere-zukunft-bestimmen/1375933, aufgerufen am 30. Juli 2016). Im August 2016 erschien (nach Verfassen des vorliegenden Beitrags) von einer Autoren/innengruppe ein wichtiges medienpädagogisches Diskussionspapier zu Big Data und Data Analytics, welches prägnant gesellschaftliche Problemfelder und Aufgaben der Medienpädagogik darstellt (vgl. Aßmann/Brüggen/Dander/Gapski/Sieben/Tillmann/Zorn 2016). Dieses Papier markiert – quasi in Fortschreibung des „Medienpädagogischen Manifests“ (2009) – zugleich wichtige Orientierungspunkte für bildungspolitisches Handeln im Sinne einer kritischen Medienbildung.

Literaturverzeichnis

- Aßmann, Sandra/Brüggen, Niels/Dander, Valentin/Gapski, Harald/Sieben, Gerda/Tillmann, Angela/Zorn, Isabel (2016): Digitale Datenerhebung und -verwertung als Herausforderung für Medienbildung und Gesellschaft – Ein medienpädagogisches Diskussionspapier zu Big Data und Data Analytics, in: Brüggemann, Marion/Knaus, Thomas/Meister, Dorothee (Hrsg.): Kommunikationskulturen in digitalen Welten, München: kopaed Verlag [im Druck] [Onlinedokument: http://www.gmk-net.de/fileadmin/pdf/bigdata_diskussionspapier_gmk_kbom.pdf; <http://www.keine-bildung-ohne-medien.de/big-data-und-data-analytics/>, aufgerufen am 01. August 2016]
- Bos, Wilfried/Eickelmann, Birgit/Gerick, Julia (2014): Die Studie ICILS 2013 im Überblick – Zentrale Ergebnisse und Entwicklungsperspektiven, in: Bos, Wilfried/Eickelmann, Birgit/Gerick, Julia/Goldhammer, Frank/Schaumburg, Heike/Schwippert, Knut/Senkbeil, Martin/Schulz-Zander, Renate/Wendt, Heike (Hrsg.): ICILS 2013 – Computer- und informationsbezogene Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern in der 8. Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich, Münster/New York: Waxmann, S. 9–32
- BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (2010): Kompetenzen in einer digital geprägten Kultur – Medienbildung für die Persönlichkeitsentwicklung, für die gesellschaftliche Teilhabe und für die Entwicklung von Ausbildungs- und Erwerbsfähigkeit [Onlinedokument: http://www.bmbf.de/pub/kompetenzen_in_digitaler_kultur.pdf, aufgerufen am 30. Juli 2016]
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2013): Medienkompetenzförderung für Kinder und Jugendliche – Eine Bestandsaufnahme, Berlin: BMFSFJ
- Bundesregierung (2014): Digitale Agenda [Onlinedokument: <http://www.digitale-agenda.de/DA/Navigation/DE/Home/home.html>, aufgerufen am 30. Juli 2016]
- Deutscher Bundestag Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft (Hrsg.) (2012): Projektgruppe Bildung und Forschung – Handlungsempfehlungen [Onlinedokument: <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=2944&id=1223>, aufgerufen am 30. Juli 2016]
- Deutsche Telekom Stiftung (Hrsg.) (2014): Medienbildung entlang der Bildungskette, Bonn: Telekom Stiftung
- GMK – Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (2016): Stellungnahme der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur zum Strategie-Papier der KMK „Bildung in der digitalen Welt“ (vom 27. April 2016) [Onlinedokument:

- net.de/fileadmin/pdf/GMK-Stellungnahme_zum_KMK-Strategie-Entwurf.pdf, aufgerufen am 16. Juli 2016]
- Hofhues, Sandra/Schiefner-Rohs, Mandy (2012): Crossing Boundaries – Handeln in Medienprojekten zwischen Medienbildung und ökonomischer Bildung, in: medien+erziehung, 56. Jhg, Nr. 6, S. 93–102
 - Imort, Peter/Niesyto, Horst (Hrsg.) (2014): Grundbildung Medien in pädagogischen Studiengängen, Reihe Medienpädagogik interdisziplinär, Band 10, München: kopaed
 - Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ (2016): Stellungnahme zum KMK Strategiepapier „Bildung in der digitalen Welt“ [Onlinedokument: <http://www.keine-bildung-ohne-medien.de/publications/stellungnahme-zum-kmk-strategiepapier-bildung-in-der-digitalen-welt/>, aufgerufen am 30. Juli 2016]
 - Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ (2014): Positionspapier zur Forderung nach einer Grundbildung Medien für alle pädagogischen Fachkräfte. [Onlinedokument: <http://www.keine-bildung-ohne-medien.de/publications/grundbildung-medien-fuer-alle-paedagogischen-fachkraefte/>, aufgerufen am 30. Juli 2016]
 - Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ (2011a): Bildungspolitische Forderungen, Medienpädagogischer Kongress 2011, Ludwigsburg
 - Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ (2011b): Medienpädagogisches Manifest [Onlinedokument: <http://www.keine-bildung-ohne-medien.de/pages/medienpaed-manifest/>, aufgerufen am 30. Juli 2016]
 - Kammerl, Rudolf/Ostermann, Sandra (2010): Medienbildung – (k)ein Unterrichtsfach? Eine Expertise zum Stellenwert der Medienkompetenzförderung in Schulen, Hamburg: Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein
 - KMK – Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2016): Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“ [Onlinedokument: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2016/Entwurf_KMK-Strategie_Bildung_in_der_digitalen_Welt.pdf, aufgerufen am 30. Juli 2016]
 - KMK – Kultusministerkonferenz (2012): Medienbildung in der Schule [Onlinedokument: http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2012/2012_03_08_Medienbildung.pdf, aufgerufen am 30. Juli 2016]
 - Kommer, Sven/Biermann, Ralf (2012): Der mediale Habitus von (angehenden) LehrerInnen – Medienbezogene Dispositionen und Medienhandeln von Lehramtsstudierenden, in: Schulz-Zander, Renate/Eickelmann, Birgit/Grell, Petra/Moser, Heinz/Niesyto, Horst (Hrsg.): Jahrbuch Medienpädagogik 9: Qualitätsentwicklung in der Schule und medienpädagogische Professionalisierung, Wiesbaden: VS-Verlag, S. 81–108

- Krüger, Thomas (2014): Zwischen Filterblase und snapchat. Politische Partizipation im digitalen Wandel und die neuen/alten Aufgaben der Medienpädagogik [Onlinedokument: <http://www.bpb.de/presse/196663/impulsreferat-von-thomas-krueger-beim-31-gmk-forum-kommunikationskultur-doing-politics-politisch-agieren-in-der-digitalen-gesellschaft-am-21-11-2014-in-berlin>, aufgerufen am 04. September 2016]
- LKM – Länderkonferenz Medienbildung (2008): Kompetenzorientiertes Konzept für die schulische Medienbildung [Onlinedokument: <http://www.laenderkonferenz-medienbildung.de/LKM-Positionspapier.pdf>, aufgerufen am 30. Juli 2016]
- Mau, Torben (2016): Stand und Perspektiven der Medienbildung in der Lehrerbildung – Eine empirisch-qualitative Studie am Beispiel der Universität Göttingen, Schriftenreihe Medienpädagogische Praxisforschung, Band 10, München: kopaed
- Moser, Heinz (2014): Medienbildung an der PH Zürich, Foliensatz eines Vortrags an der PH Ludwigsburg [Onlinedokument: vgl. <http://www.medienwelten-podcast.de/wp-content/uploads/2014/02/VortragsfolienHeinzMoser.pdf>, aufgerufen am 30. Juli 2016]
- Niedersächsische Staatskanzlei (Hrsg.) (2012): Medienkompetenz in Niedersachsen – Meilensteine zum Ziel [Onlinedokument: http://www.medienkompetenzniedersachsen.de/fileadmin/bilder/allg/Medienkompetenz_in_Niedersachsen_Landeskonzept.pdf, aufgerufen am 30. Juli 2016]
- Niesyto, Horst (2016): Medienpädagogik und digitaler Kapitalismus, in: Onlinezeitschrift *MedienPädagogik* (im Erscheinen) [Onlinedokument: <http://www.medienpaed.com/de/Startseite/>, aufgerufen am 30. Juli 2016]
- Niesyto, Horst (2015): Medienbildung in der Bildungsplanreform 2016 – „Digitale Medien, wenn vorhanden“, in: Ludwigsburger Beiträge zur Medienpädagogik, Ausgabe 18 [Onlinedokument: https://www.ph-ludwigsburg.de/fileadmin/subsites/1b-mpxx-t-01/user_files/Online-Magazin/Ausgabe18/Niesyto18.pdf, aufgerufen am 30. Juli 2016]
- Niesyto, Horst (2011): Wozu Medienbildung? [Onlinedokument: http://www.keine-bildung-ohne-medien.de/Niesyto_Wozu%20Medienbildung.pdf, aufgerufen am 30. Juli 2016]
- Niesyto, Horst/Imort, Peter (2014): Ansätze und Entwicklungsperspektiven, in: Imort, Peter/Niesyto, Horst (Hrsg.): Grundbildung Medien in pädagogischen Studiengängen, München: kopaed, S. 9–49
- Witzel, Marc (2012): Medienhandeln, digitale Ungleichheit und Distinktion, in: *medien+erziehung*, 56. Jhg, Nr. 6, S. 81–92